

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 19 (1939-1940)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Statistisches und Kritisches zum Jubiläum des VSK  
**Autor:** Heeb, Friedrich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333854>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Statistisches und Kritisches zum Jubiläum des VSK.

Von Friedrich Heeb.

## I.

### Einige Zahlen über die Entwicklung des VSK.

Dem Verband schweizerischer Konsumvereine waren im Jahre 1893, also drei Jahre nach seiner Gründung, erst 38 Konsumgenossenschaften mit einem Umsatz von 15 Millionen Franken angeschlossen. Ende 1939 gehörten dem VSK. 545 lokale oder regionale Konsumgenossenschaften mit 2456 Verteilungsstellen und einem Umsatz von 310 Millionen Franken an. Jahr für Jahr werden 16 bis 17 Millionen Franken Rückvergütung an die ungefähr 425 000 Konsumenten oder Konsumentenfamilien dieser Vereine ausgerichtet. Die Schweiz zählt etwa 3000 Gemeinden. In mindestens 1025 dieser Gemeinden unterhalten dem VSK. angeschlossene Konsumgenossenschaften Verkaufsstellen und ermöglichen etwa drei Vierteln der Schweizer Bevölkerung, die in diesen über 1000 Gemeinden wohnen, ihren Bedarf konsumgenossenschaftlich einzudecken.

Über die Umsatzentwicklung des VSK. mögen folgende wenige Zahlen Aufschluß geben. Der Umsatz des Verbandes schweizerischer Konsumvereine betrug:

1893	Fr.	386 524
1900	Fr.	3 657 366
1910	Fr.	27 765 801
1915	Fr.	50 193 161
1920	Fr.	172 028 668
1925	Fr.	125 251 195
1930	Fr.	163 574 988
1935	Fr.	177 148 267
1937	Fr.	200 488 233
1938	Fr.	207 029 694
1939	Fr.	227 869 001

1890 begann der VSK mit 43 Verbandsvereinen, 1900 waren es deren 116, 1910 deren 328, 1914 deren 396, 1920 deren 493, 1930 deren 523, 1939 deren 545. Die von den Vereinen einbezahlten Anteilscheine machten Ende 1939 den Betrag von Fr. 1 677 000 aus; das Verbandsvermögen wurde Ende 1939 mit Fr. 11 000 000 ausgewiesen. Die Abschreibungen auf verschiedene Konti belaufen sich von 1895 bis 1939 auf Fr. 10 947 872, die Reserven für besondere Zwecke auf Fr. 1 600 000. Der Nettoüberschuß betrug im Jahre 1939 Fr. 583 222.40, die Betriebskosten Fr. 6 874 152. Ende 1939 waren beim VSK. insgesamt 725 Personen beschäftigt. Der Liegenschaftenbesitz des VSK. umfaßte Ende 1939 eine Fläche von 3 461 285 Quadratmeter. Bei der Brandassekuranz sind diese Liegenschaften zu Fr. 9 845 200 taxiert, während der Erstpreis bis Ende 1939 Fr. 8 469 827 beträgt, an dem Fr. 5 198 825

oder 61,38 Prozent abgeschrieben sind, so daß der Buchwert Ende 1939 Fr. 3 271 002 oder 38,62 Prozent des Erstellpreises ausmacht.

Vom Gesamtumsatz des Verbandes im Jahre 1939 mit Fr. 227 869 001 entfallen allein Fr. 91 014 919 auf die folgenden zehn größten Vereine: Basel, Zürich, Genf, Luzern, Winterthur, Bern, La Chaux-de-Fonds, Schaffhausen, Biel, Lausanne. Diese zehn größten Verbandsvereine bringen dem Verband also rund 40 Prozent seines Gesamtumsatzes, wogegen auf die andern 535 Vereine 60 Prozent entfallen.

In den Bereich des Verbandes schweizerischer Konsumvereine gehören die von ihm ins Leben gerufenen *Zweckgenossenschaften*. Da ist einmal die 1912 gegründete *Mühlengenossenschaft schweizerischer Konsumvereine*, welche in der früheren Stadtmühle am Sihlquai in Zürich das größte Mühlenunternehmen der Schweiz betreibt. Diese Genossenschaftsmühle erzielte im Jahre 1939 einen Umsatz von Fr. 10 397 437. Für die welschschweizerischen Verbandsvereine erfüllt die «*Minoterie coopérative du Léman* in Rivaz bei Vevey am Genfersee (gegründet 1917) die gleiche Aufgabe. Sie verzeichnete 1939 einen Umsatz von nahezu 2 Millionen Franken. Die *Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau* (SGG.) in Kerzers wurde 1918 gegründet und bewirtschaftet 1174 Hektar Landes in den Kantonen Bern, Waadt und Zürich. Ihre Gesamtproduktion betrug 1939 in den verschiedenen Gemüsearten sowie Heu und Streue 16 385 059 Kilo. Die *Genossenschaft für Möbelvermittlung* mit Sitz in Basel und Filialen in Bern, Biel und Zürich erzielte 1938 einen Umsatz von Fr. 1 586 406. Die *Schuh-Coop* in Basel (gegründet 1912, reorganisiert 1925) konnte im Jahre 1939 bei 255 beschäftigten Personen einen Umsatz von Fr. 8 805 680 verzeichnen. In der *genossenschaftlichen Zigarrenfabrik Menziken* im Aargau wurde 1939 bei einem Personalbestand von 49 Männern und Frauen ein Umsatz von Fr. 309 535 bewältigt. Über die *Genossenschaftliche Zentralbank* als einer gemeinsamen Gründung von VSK. und Schweizerischem Gewerkschaftsbund sind unsere Leser durch die Informationen in der Tagespresse orientiert. Bei der 1909 gegründeten *Versicherungsanstalt schweizerischer Konsumvereine* waren Ende 1939 insgesamt 4855 Angestellte in der Alters- und Invalidenversicherung sowie 2726 Personen in der Hinterlassenenversicherung versichert. Die 719 Pensionierten in der Alters- und Invalidenversicherung bezogen 1939 zusammen Fr. 1 763 982, der Witwenpensionen waren 1939 teilhaftig 198 Frauen mit einer Jahrespension von Fr. 349 368, während die Waisenpension 44 Kinder mit zusammen Fr. 13 073.— bezogen. Die *Siedlungsgenossenschaft Freidorf* bei Basel, 1919 ins Leben gerufen mit einem vom VSK. gestifteten Kapital von 7,5 Millionen Franken, umfaßt das sogenannte Genossenschaftshaus im Freidorf als Zentrum der Siedlung und Sitz des Genossenschaftlichen Seminars sowie 150 Wohnhäuser. Das Stiftungskapital, dessen Äufnung aus den Überschüssen der Siedlung erfolgt, betrug Ende 1939 Fr. 1 172 952.65. — Die *Genossenschaft Coop-Haus* unterhält an der Äschenvorstadt in Basel eine Liegenschaft, in der vor allem die Genossenschaftliche Zentralbank und die *Schweizerische Volksfürsorge* untergebracht sind. Zu den Gründungen des VSK.

gehört auch die letzterwähnte Genossenschaft, gegründet im Jahre 1937, deren Versicherungssumme sich Ende 1938 auf über 13 Millionen belief. — Das *Genossenschaftliche Seminar* (Stiftung Bernhard Jäggi) im Freidorf bei Basel, errichtet 1923, ist das Bildungszentrum der schweizerischen Konsumgenossenschaften. In ihm werden längere Kurse (bis zu maximal zwei Jahren) für Verkäuferinnen sowie kürzere Kurse für das Verkaufspersonal oder andere Kurse für Genossenschaftsfunktionäre durchgeführt.

Der VSK. hat ferner die Initiative zur Gründung der *Lagerhaus- und Schiffahrtsgesellschaft «St. Johann»* an die Hand genommen, deren mächtiges und hochmodern installiertes Lagerhaus sich direkt bei der Dreirosenbrücke in *Basel* befindet. — Zu den Verbandsinstitutionen gehören weiter die genossenschaftlichen *Ferienheime «Coop»* in *Weggis* und *Jongny* oberhalb *Vevey*, in denen Genossenschafter und Genossenschafterinnen auf Kosten des Verbandes oder der Vereine je eine Woche gratis Aufnahme finden.

Von einer anderen Beteiligung, nämlich jener an der *Großschlächtereier und Wurstfabrik Bell AG.*, mit Sitz in *Basel* und Niederlassung in *Zürich-Altstetten*, sei der Vollständigkeit halber am Schluß die Rede. Im Jahre 1913 ging der Verband schweizerischer Konsumvereine gegen eine heftige, von Dr. Hans Müller geführte Opposition die sogenannte «Bell-Allianz» ein, indem er sich an dem 3,6 Millionen Franken betragenden Aktienkapital der Bell AG. mit 2 Millionen Franken beteiligte. Bei diesem Verhältnis ist es bis heute geblieben. Die an diese Beteiligung geknüpften hochgespannten Erwartungen — für die Fleisch- und Wurstkonsumenten — sind allerdings bis zur Stunde nicht in Erfüllung gegangen.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine hat im Jahre 1930 mit dem *Schweizerischen Gewerkschaftsbund* ein *Abkommen* vereinbart, das auf der Feststellung beruht, «daß Gewerkschaften und Genossenschaften ähnliche Zwecke verfolgen» und das für den Fall von Konflikten, die bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen in Genossenschaftsbetrieben entstehen könnten, ein Schiedsgericht vorsieht, das freilich beiden Parteien gegenüber nur das Recht hat, ihnen die Annahme eines konkreten Verständigungsvorschlages zu *empfehlen*. Für diesen Fall besteht eine *Paritätische Kommission* aus je fünf Vertretern der beiden Organisationen. Sie ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr einberufen worden.

Um den die Genossenschaft direkt oder indirekt berührenden wirtschaftspolitischen Fragen mehr Nachdruck zu verschaffen, besteht seit mehreren Jahren der «*Schweizerische Ausschuß für zwischengenossenschaftliche Beziehungen*». Ihm gehören außer dem Verband schweizerischer Konsumvereine an: der Schweizerische Bauernverband mit Sitz in *Brugg*, die Vereinigung landwirtschaftlicher Genossenschaftsverbände der Schweiz mit Sitz in *Winterthur*, der Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten mit Sitz in *Bern*, der Verband der (katholischen) Genossenschaften *Konkordia* mit Sitz in *Zürich* und der

Verband schweizerischer Eierverwertungsgenossenschaften mit Sitz in Küsnacht (Zürich).

Es ist selbstverständlich, daß der VSK. dem *Internationalen Genossenschaftsbund* angehört. Der IGB. wurde 1895 gegründet, der VSK. trat ihm 1897 bei. Das Banner des Internationalen Genossenschaftsbundes enthält die sieben Farben des Regenbogens. Dieses Regenbogenbanner wurde im Jahre 1923 vom Vorstand des IGB. gewählt, wobei er einem Vorschlag des französischen Genossenschaftspioniers Professor Charles Gide folgte. Gide bemerkte, er habe dieses Banner in den sieben Farben des Spektrums schon im Jahre 1894 angeregt, wobei er darauf hinwies, daß die Idee eigentlich nicht die seine sei, sondern von Charles Fourier stamme, dem 1837 in Paris gestorbenen Schöpfer der utopischen Phalanstèren.

## II.

### Kritischer Rückblick.

Eine Betrachtung über die imposante Entwicklung, welche mindestens äußerlich der Verband schweizerischer Konsumvereine im Rahmen der internationalen Genossenschaftsbewegung während der verflossenen fünfzig Jahre genommen hat, kann unmöglich an der Tatsache vorbeisehen, daß die Idee der *Produktivgenossenschaft* im gleichen Zeitraum nur zu sehr geringen praktischen Ergebnissen führte. Das scheint auf den ersten Blick um so verwunderlicher, als in den Anfängen der schweizerischen wie der internationalen Arbeiterbewegung die meisten ihrer Vorkämpfer dem Gedanken der Produktivgenossenschaften theoretisch und praktisch weit mehr Begeisterung und Interesse entgegenbrachten als der zu gleicher Zeit emporkeimenden Konsumgenossenschaftsbewegung. Beeinflußt vor allem vom französischen utopischen Sozialismus und seinen Ausstrahlungen, spielte der Gedanke eigener Produktivgenossenschaften der Arbeiter im Programm wie im Wirken der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation eine sehr bedeutende Rolle.

Johann Philipp Becker, der von Genf aus ungemein rührige, eigentliche Kopf der ersten Internationale in der Schweiz, machte das schweizerische Zentralkomitee derselben von Anfang an auch zur Generalagentur für alle Produktions- und Konsumanstalten der Sektionen, die ihnen Bezugsquellen, Preise und Muster von allen innerhalb der Assoziation erzeugten Waren zu beschaffen hatte. Die Genossen waren verpflichtet, diese bei ihren Einkäufen in erster Linie zu berücksichtigen. Von dem Reingewinn hatten die Sektionen jährlich mindestens fünf Prozent an die Zentralkasse abzuführen. Möglichst alle Sektionen sollten Kranken-, Alters- und Invalidenkassen gründen mit voller Freizügigkeit.

Im Jahre 1873 bestanden «*Gewerksgenossenschaften*», wie man damals die Arbeiter-Produktivgenossenschaften benannte, der *Schuhmacher* in Zürich, Genf und Basel, solche der *Schneider* in Lausanne, Genf, Neuenburg, Basel, Zürich und Winterthur, *Buchdruckereigenossenschaften* in Zürich und Genf, eine *Spenglergenossenschaft* in Genf,

je eine *Mechanikergenossenschaft*, *Malergenossenschaft* und *Lithographengenossenschaft* in Zürich sowie eine *Stickereigenossenschaft* in St. Gallen. Alle diese Gebilde sind mit der Zeit wieder verschwunden. Schon vor 1873 waren wieder eingegangen eine *Steinhauergenossenschaft* in Zürich, eine *Maurer-* und eine *Schreinerergenossenschaft* in Lausanne sowie je eine *Schneiderergenossenschaft* in Winterthur und Neuenburg.

Die Arbeiter-Produktivgenossenschaften haben sich in der Regel deshalb nicht lebensfähig erwiesen, weil ihnen die nötige Kapitalkraft des rationellen Großbetriebes fehlte. Für den Absatz der Waren ist ihre relative Billigkeit entscheidend. Das liegt begründet in den Konkurrenzverhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft, mit denen auch eine Genossenschaft zu rechnen hat. Es kommt also sehr viel auf die Faktoren der Preisbildung der Waren an. Und da beherrscht der Großbetrieb den Markt. Es kämpfen nicht mehr Klein- und Großbetrieb miteinander, sondern Großbetrieb gegen Großbetrieb ringen als Konkurrenten um den Absatz der Waren. Die Arbeiter-Produktivgenossenschaften ermangeln aber des nötigen Kapitals, um von vornherein in einen solchen Wettbewerb mit Erfolg eintreten zu können. Und daß sich eine Fabrik von kleinen Anfängen aus eigener Kraft zum modernen Großbetrieb «emporgearbeitet» hat, ist eine verschwindende Ausnahme von der Regel. Die auf sich angewiesene Produktivgenossenschaft der Arbeiter steht auf sehr schwankem, unsicherem Grund. Sie kann nur gedeihen, wenn ihr unter allen Umständen der Absatz gesichert ist. Diese Möglichkeit bietet aber nur der *organisierte Konsum*.

Die mit dem Absatz ihrer Waren auf den freien Markt angewiesenen Produktivgenossenschaften haben fast immer schwer zu kämpfen, weil sie wenig konkurrenzfähig sind. Bricht dann das Unternehmen zusammen, sind nicht nur die Mitglieder materiell geschädigt, sehr groß ist auch der ideelle Nachteil des Mißerfolges. Die Arbeiter selbst werden nach derartigen Fehlschlägen gegen die Produktivgenossenschaften überhaupt mißtrauisch und mißmutig. Besonders die Gegner nützen solche Vorgänge weidlich in ihrem Interesse aus. Wo aber eine Produktivgenossenschaft unter ausnahmsweise günstigen Umständen ganz aus sich selbst vorwärts kommt, artet sie häufig in ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen aus, in dem die Arbeiter nicht anders behandelt und gestellt sind als in privaten Betrieben. Der selten genug vorkommende Fall des Blühens und Gedeihens einer derartigen Genossenschaft verleitet die verhältnismäßig geringe Zahl der Genossenschaftler leicht zu dem Bestreben, den Kreis der beteiligten Nutznießer nicht entsprechend der Vergrößerung des Betriebes zu erweitern. Auch die Tatsache, daß die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion sich mehr und mehr auf die verschiedensten Gebiete der Warenerzeugung ausdehnt, spricht gegen die Neugründung von selbständigen Arbeiter-Produktivgenossenschaften, da sich beide Arten nur unnötige Konkurrenz machen würden. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Konsumgenossenschaften für die Produktivgenossenschaften in die Bresche springen müssen, um zu retten, was zu retten ist. Eine rühmliche Aus-

nahme von dieser Regel machen jene Arbeiter-Produktivgenossenschaften, die sich auf den moralischen und materiellen Rückhalt eines starken gewerkschaftlichen Zentralverbandes stützen können, wie das bei den meisten heute bestehenden und gewöhnlich gut prosperierenden Produktivgenossenschaften verschiedener Schweizer Städte der Fall ist.

### **Wollen und Vollbringen bei den Konsumgenossenschaften.**

Am 21. Februar 1914 hielt auf Veranlassung der Sozial-ethischen Vereinigung und der Verwaltung des ACV Basel der damalige Professor Dr. *Robert Wilbrandt* von Tübingen einen Vortrag mit dem Thema: «*Die inneren Schwierigkeiten des Genossenschafts-Sozialismus*». Einleitend setzte sich der Genannte, der ohne Zweifel zu den ernstesten, sachlichsten und tiefstehendsten Kennern der Genossenschaftsbewegung zählt, die seit Jahrzehnten öffentlich hervorgetreten sind, in seinem Basler Vortrag mit dem Wort Genossenschafts-Sozialismus auseinander, indem er betonte, er sei keiner von denen, die sich dabei gruselig machen ließen. Er wende dieses Wort sogar mit Vorliebe an, weil er keines kenne, das zutreffender sei. In der Tat, wie man sich auch immer eine sozialistische, das heißt planmäßig geordnete Gesellschaft vorstellen möge, *man könne sie sich nicht anders vorstellen, als auf der Organisation des Konsums begründet*, als eine Art Verallgemeinerung der Genossenschaft, wo die Produktion nicht mehr um des Profites willen da sei, sondern bestehe, um die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu befriedigen, wo der Sozios (das heißt der Arbeiter als Produzent und Konsument in einer Person) sich selbst anstellt und die Arbeit dem sozialen Zweck gemäß organisiert. Jede systematische Sozialreform, wolle sie sich nicht zur Flickarbeit verurteilen, müsse von diesem zentralen Standpunkt ausgehen. Der Weg dahin führe aber über eine *Unzahl von Schwierigkeiten*, hauptsächlich *inneren*, die weder mit Zaubersprüchen noch mit politischen Maßnahmen aus der Welt zu schaffen seien und von deren Überwindung alles Fernerliegende abhängen.

Vor allem die Schwierigkeiten des Anfangs, die sich allerorts einstellen würden, wo der Genossenschaftsgedanke Fuß fassen wolle. Das seien die ersten Lehrjahre, die Geschichte der «Redlichen Pioniere von Rochdale», die sich unter den verschiedensten Variationen wiederhole. Beharrlichkeit, Weitblick, Hingabe und Begeisterung mit geschäftlicher Umsicht gepaart, seien da erste Erfordernisse. In dem Maße jedoch, als die Genossenschaft sich ausdehne und erstarke, stellten sich *neue Schwierigkeiten* ein. Vor allem die der *demokratischen Verwaltung*. Mit der Zunahme der Mitgliederzahl werde es immer unmöglicher, auf die Generalversammlungen abzustellen. *Man sei gezwungen, von der Landsgemeinde überzugehen zum repräsentativen System, dem Genossenschaftsrat*. *Andererseits müsse die ehrenamtliche Verwaltungsarbeit immer mehr der fachmännischen weichen, und damit komme eine weitere Schwierigkeit, nämlich die Gefahr, daß mit den Fachleuten der kommerzielle und bürokratische Geist seinen Einzug halte*. Es sei ein schlimmes Zeichen, wenn, wie ihm in England vorgekommen,

ein kaufmännischer Angestellter gesagt habe, daß die gesamte Organisation doch im Grunde nichts anderes sei, «als ein geschicktes Aufmachen, um die Kunden zu fangen und ein gutes Geschäft zu machen». Wenn dieser Geist die Oberhand gewinne, werde alles wieder in Frage gestellt; es sei dann nicht mehr der *Geist*, der zu erstrebende *sittliche* Zweck, der maßgebend sei und gebiete, um sich die Materie dienstbar zu machen, sondern umgekehrt, *die Materie mache sich den Geist dienstbar* — ganz wie im heutigen kommerziellen System, wo das Kapitalinteresse alles beherrsche. Deshalb müsse mit der rein geschäftlichen Entwicklung die genossenschaftliche Erziehung der Mitglieder Hand in Hand gehen.

Diese Erziehung sei auch notwendig, wenn wir verhindern wollten, daß die *Demokratie in Bürokratismus* ausarte. Theoretisch sei ja allerdings jeder Leitende unter beständiger Oberaufsicht. *In der Praxis aber sehe es meist anders aus*. Diejenigen, die ihre ganze Zeit ihrer Verwaltungsarbeit widmen könnten, in deren Hände alle Fäden zusammenlaufen, hätten über ehrenamtliche Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmitglieder immer einen gewissen Vorteil der Kompetenz voraus.

*Noch schlimmer werde die Gefahr der Bürokratie in dem Maße, als sich die Organisation zentralisiere*, was ja unvermeidlich sei. Ein Glück noch, wenn die leitenden Personen wirklich gewissenhaft seien und sich nur von ihrem Pflichtbewußtsein leiten ließen. Andererseits sei aber auch nicht zu leugnen, daß solche weitgehende Kompetenzen im Interesse der Schlagfertigkeit der Konkurrenz gegenüber unumgänglich würden. Man könnte daran denken, auch hier durch ein Parlament die Sachlage zu verbessern; aber in dieses müßten Leute gewählt werden, die gleich bedeutend seien wie die an der Zentralleitung stehenden. Da nun aber an solchen Leuten kein Überfluß herrsche, sei es fraglich, ob damit die Schwierigkeiten behoben wären.

In diesem Zusammenhang müsse auch die *Gefahr des Strebertums* genannt werden, das leicht einreißen könne, wenn die Personen für gewisse Posten nicht mehr nach Talent, Charakterfestigkeit und wirklichem Verdienst gewählt oder ernannt würden, sondern nach der Erwägung, wie sie nach oben hin gefallen. Schließlich meinte der Vortragende, biete die Öffentlichkeit der Geschäftsführung noch immer die beste Gewähr dafür, daß alles korrekt vor sich gehe; insofern sei die Kritik sogar nützlich und notwendig; die Furcht vor der Kritik sei der Anfang der Weisheit.

Eine weitere, jedoch fernerliegende Gefahr bestand für Prof. Wilbrandt schon vor 26 Jahren sodann in der Besorgnis, der einmal sein Freund Prof. Max Weber Ausdruck gegeben habe, als er sagte: «Was mich bei all dem beunruhigt, *das ist die Zukunftsfrage, wie es sein wird, wenn die Genossenschafter nicht mehr die Peitsche der Konkurrenz zu fürchten haben*.» Wenn der Privatunternehmer Fehler begehe, so müsse er sie an seinem Eigeninteresse büßen. Ebenso die Genossenschaften, solange die privatkapitalistische Konkurrenz ihnen im Nacken sitze. Wie aber, wenn dieser Antrieb nicht mehr da sei, wenn die Maschinerie einen solchen Umfang erreicht habe, daß es den einzelnen



Angestellten nicht mehr so genau darauf ankomme, ob sie ihr Bestmögliches leisten oder nicht? Um diesen Auswüchsen, bzw. Eventualitäten vorzubeugen, könnte man erwägen, ob es nicht angebracht wäre, *die Angestellten und Arbeiter* (da wo sie Einfluß haben können) *am Geschäftsergebnis zu interessieren*, wie dies die großen Filialgeschäfte und gewisse Aktiengesellschaften bereits schon praktizierten.

Wenn nun aber auch alle diese Fragen gelöst wären, so sei damit noch keineswegs gesagt, daß es keine Probleme mehr gäbe: das größte und schwerste komme erst noch, und das sei die *Arbeiterfrage im Sozialismus* selbst. Da in der Genossenschaft jede Forderung der Arbeiter oder Angestellten sich in einer Mehrbelastung der Konsumenten, das heißt der Arbeiterfamilien selbst ausdrücke, so erhelle schon daraus ohne weiteres, daß hier die vom Klassenkampf übernommene Denkweise nicht mehr angebracht sei. Jedem Rechtsanspruch stehe da die entsprechende Pflicht gegenüber. Verlange eine Gruppe von Arbeitern oder Angestellten mehr, als ihr billigerweise zukomme, so werde dadurch die Gemeinschaft geschädigt. Aber wo sei die Grenze dessen, was billig und recht sei, und welche Mittel stünden der Gemeinschaft zu Gebote, um etwaige zu weit gehende Ansprüche in Schranken zu halten?

Mit dieser Frage stehe die der *inneren Disziplin* im engsten Zusammenhang. Hier könne uns nur eines zum Ziele und zur wahren Erkenntnis führen: die *Aufklärung unter der Arbeiterschaft* selbst, innerhalb ihrer Gewerkschaften, bzw. Personalorganisationen sowohl wie in der genossenschaftlichen Presse. Diejenigen, die bereits bessere Arbeitsbedingungen, die bereits eine menschenwürdige Existenz hätten, sollten weniger auf ihre eigene Besserstellung bedacht sein, als auf die ihrer andern Arbeitsbrüder, die diese Besserstellung noch nicht erreicht hätten. Andererseits müßten die Betriebsleiter die Kunst verstehen, *die Arbeiter als Menschen zu behandeln* und die notwendige Disziplin mehr durch Einsicht und guten Willen zu erreichen suchen, als durch korporalmäßig gegebene Anordnungen. *Bei der Auswahl der Leiter könne man nie vorsichtig genug sein*, denn es handle sich hier nicht bloß um technische Fähigkeiten, sondern auch, und zwar im eminentesten Sinne, um *moralische* Eigenschaften: der Vorgesetzte werde nur dann das Vertrauen und die aktive Mitarbeit seines Personals erzielen, wenn er selbst vom Pflichtgefühl durchdrungen sei und durch sein persönliches Beispiel beweise, daß es ihm nicht um persönliche Interessen, sondern um das der Gesamtheit der Konsumenten, die ihn an den betreffenden Posten gestellt, und darüber hinaus um die Verwirklichung eines Stücks sozialer Gerechtigkeit zu tun sei.

Erweise sich die neue Gemeinschaft als unfähig, die höhere Leistungsfähigkeit auch ohne Zuchtrute und Zwangsmaßregeln zu erreichen, so richte sie sich damit selbst.

Wenn sich gar, wie gewisse Anzeichen darauf hindeuten, heute schon (1914!) solche Schwierigkeiten einstellen sollten, *so würden die Genossenschaften es einfach unterlassen müssen, weitere Betriebszweige zu übernehmen*. Solange die genossenschaftlichen Betriebe über

die kapitalistischen noch nicht das Übergewicht gewonnen hätten — wo die Arbeit von dem Tribut des arbeitslosen Einkommens, der heute noch so schwer auf ihr lastet, befreit und sich dann auch die Lage des Arbeiters bedeutend gebessert haben werde —, bleibe den Genossenschaftsarbeitern schlechterdings keine andere Wahl als die: entweder die freiwillige Unterordnung unter die der Genossenschaft durch die Macht der Verhältnisse aufgezwungenen Bedingungen oder die unfreiwillige im kapitalistischen Betrieb.

Auch die Schaffung von Instanzen und Tarifverträgen könne uns hier nicht helfen, das Problem restlos zu lösen, denn was nütze alles Messen und Abwägen, wo es an einem objektiven Maßstab gebreche, um zu bestimmen, was Rechtens sei und was nicht. Dieser Maßstab könne bloß gefunden werden in der Hingabe an die Gemeinschaft, das heißt in einem sittlichen Prinzip.

So führe uns auch dieses Problem im letzten Grund wieder auf die *Erziehungsfrage* zurück: Da unsere Rechte und Pflichten, die wir als Konsumenten (Arbeitgeber) einerseits und als Produzenten (Untergebene, bzw. Diener der Gemeinschaft) andererseits haben, in ein und derselben Person zusammenfallen, so müsse jeder mit seinem Gewissen abmachen, wie er sich dazu stelle, wie er den Konflikt in seiner eigenen Brust löse. Wer von der Notwendigkeit der Hingabe an die Gemeinschaft, von dem Ideal einer zu erstrebenden höheren Kultur nicht beseelt sei und sich nicht davon leiten lasse, habe darum als Angestellter innerhalb der Genossenschaft auch keinen Platz.

Um den hier aufgezählten Schwierigkeiten Herr zu werden, um diese Gefahren abzuwenden, müßten wir mit verdoppeltem Eifer an der Erziehung der Mitglieder zu wirklichen Genossenschaftlern arbeiten. Immer größer müsse die Zahl derer werden, denen die Sorge um das allgemeine Wohl über alles gehe und die sich durch keinerlei partikularistische Interessen von der Verfolgung dieses Zieles abhalten ließen.

Die große Aufgabe, die sich uns stelle, involviere eine *vollständige seelische Umwandlung*; wir müßten immer mehr *gemeinwirtschaftlich denken lernen*; der mammonistisch-individualistische Geist, der alle unsere Beziehungen und Lebensgewohnheiten durchseucht habe, müsse überwunden werden, denn je kräftiger die materielle Entwicklung, desto größer die Gefahr des Rückfalls. Dieses höhere sittliche Ideal allein gebe unserem Leben Sinn und Zweck, es allein begründe unsere Pflicht!

Ich habe diesen trefflichen Äußerungen, die von einem die Praxis genau beobachtenden Theoretiker vor mehr als einem Vierteljahrhundert getan wurden, nicht viel mehr hinzuzufügen als die Feststellung, daß der Verband schweizerischer Konsumvereine zusammen mit den ihm angeschlossenen Vereinen so ziemlich alle diese «inneren Schwierigkeiten» in reichem Maß zu spüren bekommen und mit dem Großteil von ihnen noch heute zu ringen hat.

Von dem Idealbild, das mit andern Vorkämpfern der Genossenschaftsbewegung insbesondere den Pionieren von Rochdale vorschwebte

und die *Vollgenossenschaft* verkörperte, sind die schweizerischen Konsumgenossenschaften heute so weit entfernt wie alle ihre Schwesterorganisationen im Ausland.

---

## Die internationale Agrarkrise

Von Jakob Meth, Stockholm

Eine der vielen wirtschaftlichen Ursachen des Krieges ist die internationale Agrarkrise. Das Ackerbauinstitut in Rom schätzt die Überschüsse aus der alten Ernte, die im Juli 1939 vorhanden waren, auf 317 Millionen Zentner. Mit der neuen Ernte ergibt dies einen Bestand von 1500 Millionen Zentner. Rußland, China, Irak und Iran sind in dieser Schätzung nicht mitgerechnet. Es ist dies die größte Menge Weizen, die jemals dem Weltmarkt zur Verfügung stand. Dabei war die Ernte in einzelnen Gebieten, wie in Argentinien, schlecht. Auf den Weltbörsen wurde vor Kriegsausbruch der niedrigste Weizenpreis seit 350 Jahren notiert. Die Getreideüberschußgebiete hatten schon im letzten Jahr nahezu 100 Millionen Dollar an Exportprämien aufgewendet.

Die Anbaufläche für Weizen wird ständig erweitert. In Europa geschah dies hauptsächlich aus militärischen Gründen. Man hat in fast allen europäischen Staaten seit dem ersten Weltkrieg mit kriegerischen Verwicklungen gerechnet und war bemüht, die Selbstversorgung mit Getreide möglichst zu sichern. In Frankreich, das keinen Mangel an Weizen hat, wurde die Anbaufläche für Weizen weit über den Bedarf ausgedehnt, um nicht im Krieg durch eine schlechte Ernte auf die Einfuhr von Weizen angewiesen zu sein.

Der zweite Grund zur Ausdehnung der Anbaufläche ist die Sicherung der Weizenpreise. Fast alle Staaten der zivilisierten Welt sind gezwungen, ihre Landwirtschaft gegen die niedrigen Getreidepreise der sogenannten Weizenfabriken zu sichern. Auch die Getreideexportländer, die so viel Geld für Exportprämien aufwenden, müssen auf der andern Seite die vielen Farmer, die keinen Mähdrescher besitzen, gegen die niedrigen Getreidepreise schützen. Die einzelnen Staaten wenden dazu verschiedene Methoden an, aber das Ziel ist überall gleich. In Frankreich gibt es ein staatliches Weizenamt. Dieses hat die letzte Weizenernte in Frankreich für 10 Milliarden französische Francs angekauft, obwohl es die gleiche Menge auf dem Weltmarkt für 5 Milliarden französische Francs hätte kaufen können. Den Preisunterschied bezahlen die Konsumenten. Außerdem mußten noch 3 Milliarden aus der Staatskasse aufgewendet werden, um den Weizenüberschuß Frankreichs teilweise aufzuspeichern und teilweise mit Verlust auf dem Weltmarkt zu verkaufen. In Deutschland war 1939 der Großhandelspreis für Getreide viereinhalbmal so hoch wie der Weltmarktpreis. Trotzdem mußte nach offiziellen Mitteilungen der Getreidepreis um weitere 40 Prozent erhöht werden, um die Existenz der Bauern zu sichern. Außerdem werden seit vielen Jahren in Form von Entschuldungsaktionen, Bodenverbesserun-